

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. — Einzelne Nummern 10 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreispaltige Corpusteile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger selbst.

No. 85.

Dienstag, den 16. Oktober

1894.

### Bekanntmachung.

Der diesjährige hiesige Herbstmarkt wird  
**Donnerstag, den 18. und Freitag, den 19. dieses Monats**  
abgehalten.  
Wilsdruff, am 2. Oktober 1894.

Der Stadtrath.  
Sicker, Bgmstr.

### Gesetzliche Maßregeln gegen die Umsturz- bewegung.

Es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß der vom Kaiser gewünschte energische Kampf gegen die Umsturzparteien schließlich auch zu einer Verschärfung und Ergänzung der gesetzlichen Maßregeln gegen die revolutionäre Propaganda führen wird, denn bei den meisten Parteien, welche zum Kampfe gegen den Umsturz sich zusammenscharen sollen, besteht dieses Verlangen. Von einigen extremen Parteimännern wird dieses Verlangen allerdings als ein Zeichen der Schwäche und Bequemlichkeit ausgelegt, indem man an Stelle des schwierigen Geisteskampfes gegen die Sozialrevolutionäre und Anarchisten lieber den Strafrichter und Polizisten wirken lassen möchte. Diese Ansicht beruht indessen doch wohl auf einer dreifachen Entstellung der Sachlage. Zunächst wird wohl der geistige und moralische Kampf gegen die Umsturzparteien der heutigen Gesellschaft nicht erspart bleiben, auch wenn schärfere Gesetze gegen diese Bewegung vom Reichstage beschlossen werden sollten. Dann kann aber auch vom patriotischen wie vom staatsrechtlichen Standpunkte aus die Forderung erhoben werden, daß diejenigen Güter und Ertragsformen, auf welchen sich nach der Erfahrung von Jahrhunderten und auch nach den Sittengesetzen der Staat und die Gesellschaft am meisten stützen, auch einen besseren und deutlicher ausgeprägten Schutz gegen die Umsturztendenzen empfangen müssen. Was sind denn neben der Religion und dem Glauben an Gottes Sittengesetz die stärksten Säulen nicht nur des Staates und der Gesellschaft, sondern unseres Culturlebens überhaupt? Ohne Zweifel sind es die Ehe, die Familie und das wohl erworbene Eigentum. Diese drei den Staat erhaltenden Posten aber werden von den Sozialrevolutionären theils verachtet und in raffinierter Weise, theils mit cynischer Frechheit angegriffen. Nun haben wir aber im Reichstagsgesetzbuch gar keinen Paragraphen, welche diejenigen Angriffe, welche in Form von Aufreizungen, sozialdemagogischen Verdrehungen und Verdächtigungen gegen die Ehe, die Familie und gegen das Eigentum täglich unternommen werden, besonders bestraft wissen will, bez. so zur Bestrafung heranzieht, daß der einzelne deutliche Angriff auf die Einrichtung der Ehe, der Familie und des Eigentums zur Rechenschaft gezogen werden kann. Der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, welcher sich mit den Aufreizungen und Friedensstörungen beschäftigt, beißt nur: Wer in einer der öffentlichen Frieden gefährdenden Weise einander aufhetzt, wird mit Gefängnis bestraft. Man sieht also, daß, wenn auch sonst Ehe und Eigentum, Ehre und Leben sich des gesetzlichen Schutzes erfreuen. Doch diejenigen Angriffe, welche in Form von Aufstachelungen und sozialdemagogischen Lügen gegen die Ehe, die Familie und das Eigentum unternommen werden, einer strafrechtlichen Ahndung nicht unterliegen. Im Hinblick auf den zerstörenden und verwirrenden Einfluß solcher Hetze und Irrlehren möchte wohl eine allgemeine Ergänzung des Strafgesetzes gewünscht werden, zumal man auf diese Weise nicht nöthig hat, ein Ausnahmengesetz zu schaffen.

### Tagesgeschichte.

Der Kaiser hat sich nach Beendigung seines Aufenthaltes in Hubertusstock über Berlin nach Schloß Friedrichshof im Rammow begeben, um daselbst seiner erlauchten Mutter, der Kaiserin Friedrich, einen Besuch abzustatten. Von Friedrichshof geachtete der Monarch im Laufe des Montag nach Darmstadt weiter zu reisen, um dem Großherzog den angekündigten Besuch zu machen. Von Darmstadt aus unternimmt der Kaiser am Dienstag einen Abstecher nach Wiesbaden, welcher der Teilnahme an der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal nur der Eröffnung des neuen Hoftheaters gilt. Nach am Dienstag Abend tritt dann der Kaiser die Rückreise nach Berlin an, woselbst seine Anwesenheit für die nächstfolgenden Tage anlässlich des bevorstehenden Eintreffens des Königs von Serbien am kaiserlichen Hofe, sowie in Hinblick auf die militärischen Feierlichkeiten des 17. und 18. Oktober erforderlich ist.

Die längst angekündigt gewesene entscheidende Sitzung des preussischen Staatsministeriums in Sachen der geplanten Maßnahmen wider die Umsturzbestrebungen hat bereits am vergangenen Freitag unter dem Vorhabe des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg stattgefunden. Ueber ihre Ergebnisse ist noch nichts Authentisches bekannt, da die vom Ministerpräsidenten vorgelegten Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Umsturzparteien vertraulich behandelt wurden. Auf Grund der Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums soll dann erst die Entscheidung in der Frage eines reichsgesetzlichen Vorgehens gegen die Umsturzparteien erfolgen.

Am 9. Oktober d. J. kehrte der Tag wieder, an dem vor nun 20 Jahren der Grund zum Westpostverein gelegt wurde durch den in Bern am 8. Oktober 1874 erfolgten Abschluß des allgemeinen Postvertrages. Alle Staaten Europas, ferner die Vereinigten Staaten von Amerika und Aegypten, im Ganzen 22 Länder mit einem Flächenraum von rund 37 Millionen Quadratkilometer und 350 Millionen Bewohnern treten damals zusammen, um für den internationalen Briefverkehr fortan ein gemeinsames Postgebiet mit einheitlichen Vorschriften zu bilden. Gegenwärtig umfaßt der Verein ein Gesamtpostgebiet von 98,484,348 Quadrat-Kilometer mit über einer Million Bewohnern. Der Verein ist im Bezug auf die räumliche Ausdehnung an seinem Endziele, sämtliche Kulturländer der Welt mit eigenem Postwesen in sich aufzunehmen, nunmehr angelangt. Zwar fehlen in seinem Verbände zur Stunde noch die Kap-Kolonien nebst Britisch-Betschuanaland und Orange-Freistaat. Allein es sind bereits Nachrichten von Kapstadt eingelaufen, welche an dem Entschlusse der Kap-Kolonie, vom 1. Januar 1895 ab dem Verein beizutreten, sowie auch an der Wahrscheinlichkeit, daß Britisch-Betschuanaland und Orange-Freistaat diesem Schritte sobald folgen werden, keinen Zweifel mehr lassen. Gleich günstig wie dieses äußere Wachstum ist auch die Entwicklung des Vereins in der verhältnismäßig kurzen Frist von 20 Jahren gewesen. Am Anfange auf den Briefpostdienst beschränkt, hat der Verein nach und nach den Werthbrief, den Postanweisung- und Postauftrags- wie den Postpaket-Verkehr, endlich den Zeitungsvormittlungs-Dienst in seinen Wirkungskreis einbezogen. Der gesammte Postverkehr, welcher für das Jahr 1873 in den heute zum Westpostverein gehörigen Ländern auf rund 3300 Millionen Sendungen geschätzt wurde, ist bis 1892 auf 18,000 Millionen Sendungen jährlich, also auf 50 Millionen täglich gestiegen. Unter jenen 18 Milliarden befinden sich rund 8000 Millionen Briefe, 2000 Millionen Postkarten, 7300 Millionen Drucksachen und Warenproben, 260 Millionen Postanweisungen über 12 Milliarden Mark, 330 Millionen Pakete, 65 Millionen Werthsendungen und 45 Millionen Postauftrags- und Nachnahmensendungen. Die Zahl der Postanstalten ist von 85,443 auf 197,941 gestiegen, und an Werthen, soweit solche auf den Sendungen angegeben sind, vermittelt die Post jährlich mehr als 70 Milliarden Mark.

Es ist alle Aussicht vorhanden, daß der Reichstag sich sobald nach seiner Eröffnung im Besitze eines mehr als ausreichenden Arbeitsstoffes befinden wird. Wenn alle diejenigen Gesetzentwürfe, von denen verlautet, daß sie vollendet oder der Vollendung nahe gebracht sind, dem Reichstage vorgelegt werden, so würde zu ihrer Bewältigung eine Session von einer Dauer bis weit in den Sommer nöthig sein. Als sicher hat man anzusehen, daß neben dem Etat auch wieder Steuergesetzentwürfe dem Reichstage zugestellt werden. Die Tabaksteuer-Neuregelung wird wiederkehren und daneben jedenfalls auch eine für die kommunale Weinbesteuerung günstige Aenderung des Vereinszollgesetzes. Gewiß ist es auch, daß die ordentlich umfangreiche Novelle zum Strafgesetzbuch, Gerichtsverfassungsgesetz u. s. w., die vom Bundesrathe schon im vorigen Jahre in Beratung genommen war, diesmal dem anderen Faktor der Reichsgesetzgebung zur Verabschiedung unterbreitet werden wird. Nach den neuesten Meldungen kann man aber kaum zweifeln, daß gesetzgeberische, auf die Bekämpfung der Umsturzparteien gerichtete Maßnahmen im Reiche ergriffen werden sollen. Des weiteren wurde als höchst wahrscheinlich gemeldet, daß Entwürfe, die sich

auf die Börsenreform beziehen, in der nächsten Tagung dem Reichstage zugehen würden. Schon mit den aufgezählten Arbeiten würde dem Reichstage ein Pensum zugemutet sein, welches die Dauer einer gewöhnlichen Session erfordert. Man muß nun aber in Betracht ziehen, daß eine ganze Anzahl anderer Vorlagen ebenfalls sehr weit vorbereitet sind. Wir erinnern nur daran, daß die umfangreichen Gesetzentwürfe über die privatrechtliche Regelung der Binnenschifffahrt und der Fischerei im Bundesrathe nahezu fertiggestellt sind. Wenn gleich auch nicht daran zu denken ist, daß die Handwerksorganisation in der nächsten Zeit schon eine starke Förderung erfahren wird, so ist doch ziemlich sicher, daß man dem Handwerk durch Beschränkung des Hausirhandels entgegenzukommen beabsichtigt, und zwar sei von einer Regierungsgestaltung über die Erweiterung, sind bereits längere Zeit veröffentlicht worden. Es ist eine ganze Anzahl von Gutachten abgegeben, auch die Fertigstellung dieser Entwürfe wird gefördert. Kurz, es ist wieder eine Fülle von Gesetzentwürfen in Aussicht, die auf die Parlamentarier beängstigend wirken muß. Ein gutes Zeichen der Zeit ist dies nicht. Wenn man nun aber darauf rechnet, daß wenigstens ein großer Theil der vorbereiteten Entwürfe auch thatsächlich zur Verabschiedung gelangt, so ist es durchaus notwendig, daß man sich vor Eröffnung der Reichstagsession darüber klar wird, welche Vorlagen man aus dieser Fülle herausuchen muß, und welche am dringendsten sind. Sonst könnte es leicht kommen, daß die Durchberatung dringender Entwürfe durch weniger notwendige aufgehalten wird.

Die Stellung des Reichskanzlers Grafen Caprivi gegenüber der Sozialdemokratie im allgemeinen und zu der Frage der Anwendung der Staatsgewalt gegen sie erhebt sich aus folgenden Sätzen aus Reden, welche in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften über den Gegenstand im Laufe der letzten vier Jahre gehalten sind: „Die sozialdemokratische Frage ist die Frage, die für das Ende dieses Jahrhunderts, vielleicht für Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts, die herrschende sein wird.“ — „Die Sozialdemokratie ist zur Zeit die größte Gefahr im Reiche.“ — „Wir wollen in dieser Beziehung ein gutes Gewissen haben; wir wollen aber in der anderen Richtung, wenn, was Gott verhüte, es einmal zu ernstlichen Dingen kommen sollte, auch eine starke Hand haben.“ — „Ich habe den aufrichtigen Wunsch, daß diese Frage auf friedlichem Wege gelöst werden möge; . . . ich würde aber glauben, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie nicht den Fall ins Auge faßten, daß die friedliche organische Lösung unmöglich wird, ihrer Pflicht nicht genügen würden.“ — „Kein Gesetz einzubringen, keine Maßregel vorzuschlagen, die nicht von dem Standpunkte geprüft worden ist; wie wertet sie auf die sozialdemokratische Frage ein?“ — „Die Staatsregierung ist sich ihres Rechtes und ihrer Pflicht, die Gesetze mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, die Ordnung im Staate zu erhalten, den Besitz zu erhalten, vollkommen bewußt. . . Wir wissen ganz genau, was unsere Schulbigkeit ist, und sind gewillt, alle der Regierung zu Gebote stehenden Nachtmittel rückichtslos anzuwenden, wenn wir, was Gott verhüten möge, vor die Nothwendigkeit gestellt werden.“ — „Sollte überhaupt ein Mensch glauben, daß die in den sozialistischen Büchern und Reden entwickelten Dinge ohne Zerföhrung des Staates zur Ausführung kommen könnten? Wer solche Theorien vertritt, setzt immer einen Kampf mit den bestehenden Verhältnissen voraus.“

Wie das „B. L.“ wissen will, ist für die Einberufung des Reichstages der 17. November in Aussicht genommen.

Freitag, 13. Oktober. Heute Mittag fand die Enthüllung des Denkmals für den Kurfürsten Friedrich I. in Gegenwart des Kaisers, des Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg, des Kultusministers Dr. Bosse und des rumänischen Gesandten mit Reden, Gesängen und Gebeten statt. Bei der Annahme des Ehrentrunkes sprach der Kaiser: „Ich trinke